

DIE GRÖSSTE BANK DER WELT IST INSOLVENT – UND MÜSSTE VERSTAATLICHT WERDEN

**Der Journalist Williman Greider (“The Nation”) im Gespräch mit Amy Goodman
Ausschnitte einer Sendung von *DemocracyNow!* vom 29.1.2008**

Transkript in deutscher Übersetzung

AMY GOODMAN: Unser Gast ist Bill Greider von der Zeitschrift “The Nation”. Sein neues Buch heißt “Come home, America: The Rise and Fall (and Redeeming Promise) of our country.

Also, Sie waren gestern im Zug und trafen auf Bill Parsons –

WILLIAM GREIDER: Richards Parsons.

AMY GOODMAN: Richard Parsons, natürlich.

WILLIAM GREIDER: Man trifft nicht einfach so auf Richard Parsons. Er war der Vorsitzende von Time Warner. Und kürzlich hat man ihn zum Vorstandsvorsitzenden der Citigroup ernannt.

AMY GOODMAN: Sie fordern ja die Verstaatlichung von Banken wie Citigroup.

WILLIAM GREIDER: Ich denke, man sollte die Citigroup schließen, da sie insolvent ist.

AMY GOODMAN: Haben Sie dass Richard Parsons im Zug gesagt?

WILLIAM GREIDER: Nein. Erstens wäre das unhöflich gewesen. Zweitens saßen wir im Ruhewagen, wo man nicht spricht. Das ist meine Ausrede, ihn nicht belästigt zu haben.

Aber wissen Sie, er hat mitangesehen, was den drei Managern der Autofirmen passiert ist, als sie in ihren Privatjets nach Washington geflogen sind und die Hände nach Geld ausgestreckt haben, und er beschloss, dass es ungeschickt wäre, wenn er für ein Treffen mit dem Präsidenten im Privatjet käme, nachdem Citigroup gerade erst 45 Milliarden US\$ bekommen hat und weitere 300 Milliarden US\$ an Bürgschaften. (Präsident Obama hatte gestern eine Gruppe von Konzern-Vorstandsmitgliedern bei sich.) Jedenfalls hat sich Parsons diesmal unters Volk begeben. Natürlich im Schnellzug.

AMY GOODMAN: Die Frage ist eher, ob Citigroup auf der Ebene des Volkes ist. Und was ist mit den Dollar-Milliarden passiert, die ausgeteilt wurden, um diese Firmen zu retten, ohne dass Rechenschaft abgelegt wird? Es ist ja nicht nur Präsident Bush gewesen. Und nicht nur Henry Paulson. Die Demokraten haben mit den Republikanern an einem Strang gezogen, um das zu unterstützen.

WILLIAM GREIDER: Bis jetzt war es ein Zweiparteien-Versagen. Und weiterhin fehlt das Wichtigste, nämlich die Antwort auf die Frage: Was bekommt die Öffentlichkeit für all das Geld? Und es klingt unglaublich, aber es ist wahr: Die Regierung, das Finanzministerium und die Zentralbank pumpen all das Geld hinein und verlangen umgekehrt fast gar nichts, etwa ein garantiertes Verhalten – dies werden wir machen, das werden wir nicht mehr machen.

Citibank wurde letzte Woche bloßgestellt, weil sie einen neuen Privatflugjet im Wert von 50 Millionen Dollar bestellt hatten. Und deshalb nimmt Richard Parsons jetzt den Zug, denn sobald die

Öffentlichkeit so was herausfindet, heißt es “Oh nein. Schon wieder!” Und es wäre nur einfache politische Logik für Washington zu sagen: “Wir müssen jetzt über diese Einrichtungen die Kontrolle übernehmen und zuerst dieses Missverhalten stoppen und sie dann dazu bringen, ein paar positive Dinge zu machen, die das Land jetzt braucht”. Im Fall von Citigroup -

AMY GOODMAN: Sie sagen sie ist insolvent.

WILLIAM GREINER: Das ist nicht nur meine Meinung. Ich spreche mit Leuten, die wirkliche Bankspezialisten sind, und die sagen das seit Monaten. Es sind die sogenannten “toxic assets”, die schädlichen Vermögenswerte. Das betrifft nicht nur Citigroup. Diese toxic assets häufen sich immer weiter an. Wenn die Regierung für jede der Großbanken so ein „Bail out“ machen würde, würde das erste Hilfsprogramm im Vergleich nach gar nichts aussehen. Es ist gigantisch. Es geht vermutlich irgendwo da draußen noch um ein paar Billionen Dollar.

Ich meine, man sollte ganz altmodisch daran gehen: Die Bankprüfer gehen rein und zwingen Citigroup dazu, alles offen zu legen. Und irgendwann können sie entscheiden: “Diese Bank ist schon zu kaputt, um gerettet zu werden. Sie ist zu groß und hat schon zu weit versagt, um gerettet zu werden. Daher werden wir ihre Liquidation durchführen.”

Die andere Alternative besteht darin, sie zu verstaatlichen und anzufangen, die schlechten Teile abzuwickeln und neue Banken zu bauen. Für mich ist das eine aufregende Perspektive. Es ist der Kern der Sache. Wenn nicht verstaatlicht wird, dann wird bloß kosmetisch ausgebessert.

Was die Regierung jetzt machen sollte, und es handelt sich um einen langwierigen Prozess, ist das Banken- und Finanzsystem landesweit neu aufzubauen, damit es der Wirtschaft dient, die Gesellschaft unterstützt, statt diese kleinen Festungen mit riesigen Profiten und exorbitanten Gehältern zu schaffen. In den letzten zwanzig Jahren wurde alles in den großen Konzernen konzentriert, einschließlich einst solider regionaler Banken, die von den größeren Banken verschluckt wurden. Tausende von kleineren lokalen Banken wurden einfach ausradiert. Entweder wurden sie verkauft, oder sie machten zu. Das ist natürlich ein Riesenprojekt, aber wir werden nicht zu einer gerechten und funktionierenden Wirtschaft kommen, bis diese Struktur wieder errichtet ist. Citigroup wird das nicht machen. Auch wenn man sie zehn Jahre lang unterstützt, wird sie das nicht machen.

AMY GOODMAN: Welche Rolle spielt die wirtschaftliche Globalisierung in alledem? Auf dem Weltwirtschaftsforum sagte Wen Jiabao, der chinesische Premierminister, dass Peking den Vereinigten Staaten die Schuld für den wirtschaftlichen Zusammenbruch gibt – mit den Worten: “unangemessene makro-ökonomische Grundsätze“; „unhaltbare Entwicklungsmodelle, charakterisiert durch langdauernde niedrige Ersparnisse und hohen Verbrauch“; „blinde Jagt nach Profit“; „Versagen der Finanzaufsicht“.

WILLIAM GREINER: Das ist stark!

AMY GOODMAN: Und China besitzt die meisten amerikanischen Staatsanleihen.

WILLIAM GREINER: China ist unser Bankier. China hat riesige Handelsüberschüsse und Kapital angehäuft und ist unser Gläubiger geworden. Nicht der einzige, aber der wichtigste Gläubiger; und er ließ die Amerikaner im Glauben, dass man Jahr um Jahr mehr leihen und ausgeben könne als man

produziert. Die Wirtschaft erlaubt das nicht, vielleicht eine Zeit lang, aber nicht für immer.

Deshalb sind wir jetzt in der Situation, dass wir ein „Bail out“ von China, Japan, den arabischen Ölstaaten und einigen anderen brauchen, während wir uns durch diese gigantische globale Rezession arbeiten. Und der mögliche Deal wird sein, dass die USA zu diesen Gläubigern sagen: „Gut, gebt uns die Kredite. Wir werden noch ein bisschen tiefer in die Schulden sinken. Aber da wir so gute Verbraucher sind, werden wir die Zugkraft sein, die die Welt aus der Rezession herauszieht. Im Austausch dafür sagen wir euch jetzt, dass das Welthandelssystem reformiert und ausgeglichen werden muss. Wir können so nicht weitermachen. Und letztlich könnt ihr so nicht weitermachen.

Und das heißt: Die Handelsdefizite müssen reduziert werden, die mehr als 5 Billionen US\$ ausmachen in den letzten 15 Jahren; den US-Konzernen müssen Regeln auferlegt werden, damit sie nicht einfach als Freischärler die Welt durchstreifen können und die Produktion dahin verlegen, wo sie es gerade wollen, ohne Rücksicht auf die Wirtschaft des Ursprungslandes. Es ist eine lange Liste von Reformen. Und jetzt ist der Zeitpunkt. Ich weiß nicht, ob die Regierung Obamas stark genug ist für einen globalen Vertrag, der die Welt in grundlegenden Punkten neu aufbaut.

AMY GOODMAN: Und diese Punkte wären?

WILLIAM GREINER: Man würde mit einem Ausgleich der Handelsbilanzen anfangen, mit einer neuen globalen Finanzinstitution, die nicht nur die Industrieländer sondern auch die Entwicklungsländer vertritt, um ihre Interessen ausgleichen, durch Währungsaustausch etc. Dann geht es darum, eine Struktur von globalen Rechten für Arbeiter und Gemeinschaften aufzubauen, die jetzt noch absolut inexistent ist. Es geht darum, zwischen den gut bezahlten Arbeitskräften in Ländern wie unserem und den Leuten ganz unten in den Sweatshops zu vermitteln.

Die Realität unserer Zeit ist der Zeit der englischen Industriellen Revolution sehr ähnlich. Die Arbeiter werden von beiden Seiten ausgebeutet. Der Dichter William Blake schrieb über die „dunklen Mühlen des Teufels“ in England in 1800. Die ausgebildeten Facharbeiter wurden entlassen, und man hat sie durch Kinder ersetzt. Und die Kinder waren natürlich total wehrlos und wurden ausgebeutet. Aber auch die anderen Arbeiter, die vom Wohlstand ferngehalten wurden, den ihr Land schuf. Das war im Kleinen, was heute weltweit passiert. Ich habe seit 20 Jahren darüber geschimpft, aber ohne viel Wirkung.

Aber jetzt sind wir in einer Krise, die vielleicht die Eliten in die Realität zurückbringen wird, dass sie Arbeitsrechte und andere Schutzmechanismen ins System einbauen müssen – oder wir gehen gleich wieder zurück in das Loch.

AMY GOODMAN: Es ist interessant dass Sie Arbeitsrechte erwähnen. Letzten Herbst wurde berichtet, dass die Bank of America 25 Milliarden US\$ von der Regierung erhielt. Drei Tage später waren die Top Manager der Bank of America sehr beschäftigt. Waren sie damit beschäftigt, das sinkende Schiff zu retten? Nein, sie waren dabei, eine Konferenz zu koordinieren, um Widerstand dagegen zu organisieren, dass sich die Arbeiter gewerkschaftlich organisieren.

WILLIAM GREINER: Ich sprach gestern Abend in New York. Zwei Angestellte von IBM kamen danach zu mir und sagten: „IBM ist im Weißen Haus mit dem Präsidenten und redet in blumigen Worten über die Wirtschaft, und gleichzeitig entlassen sie die Leute hier und die Stellen gehen nach Asien.“

Worum geht es in diesem Spiel? Versuchen wir jetzt, die amerikanische Wirtschaft für alle wieder zu beleben? Oder erleichtern wir nur den Prozess, der schon abläuft, dass nämlich die Konzerne jetzt schon 25 Jahre lang systematisch gute Stellen plündern, die mit den guten Löhnen, und sich wann immer sie können anderswo billigere Arbeitskraft holen.

AMY GOODMAN: Das Weltwirtschaftsforum findet gerade in Davos statt, zugleich das Weltsozialforum in Brasilien. Können Sie sich vorstellen, dass 1999 zurückkehrt, als Tausende von Menschen in Seattle auf die Straße gingen, und als Bill Clinton mitten in der Nacht per Flugzeug ankam, mitten im Tränengas – Cinton, der sich vehement für den sogenannten Ferihandel eingesetzt hatte und versuchte, die Kongressabgeordneten mit allen Mitteln zu zwingen, die NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone) zu forcieren, als sie schon dabei war zu scheitern.

WILLIAM GREINER: Wir sind noch nicht an dem Punkt angelangt. Aber ich glaube, es ist sehr wahrscheinlich, dass Seattle wie ein harmloser Aufruf aussehen wird verglichen mit dem, was wir meiner Meinung nach noch sehen werden. Man kann so etwas nicht Jahr für Jahr den Menschen antun – ihr Leben auf den Kopf stellen, das wegnehmen, was sie glauben verdient zu haben – ohne massive politische Reaktionen zu provozieren.

Wir beginnen jetzt, hier und da in diesem Land ein paar Zeichen zu sehen. Es gibt Aufstände in Osteuropa und einigen Orten in Asien. Ich sage nicht, dass wir Aufstände haben werden, aber ich glaube – und hoffe –, dass die Leute aus ihrer Not und ihrem Ärger ihre eigene Politik organisieren werden, und sie werden sich in diesem Land Gehör verschaffen. Wir haben schon etwas gesehen – Sitzstreiks in Chicago, die tatsächlich Erfolg hatten. Wir sehen die Anfänge einer Bewegung gegen Zwangsvollstreckungen. „The Nation“ hat einen Artikel darüber diese Woche von Ben Ehrenreich. Etwas Ähnliches ist in den dreißiger Jahren passiert: dass die Leute nicht einfach darauf warteten, dass Washington endlich das Richtige tat und das Problem löste. Sie verstanden, dass das nicht passieren würde, und sie wurden aktiv, wie sie konnten, unten, am Arbeitsplatz, anderswo, in der Politik.

Das wird natürlich schwierig und zum Teil unangenehm werden. Aber wenn die Menschen ihre eigene Macht als Bürger verstehen und reagieren – es braucht einiges an Mut –, dann wird das der Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen.

Übersetzung: Gabriela Greif und Fabian Scheidler